



An alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
der Stadtverwaltung

23.10.2025

Haushaltskonsolidierung: Weitere Entscheidungen im Stadtrat im Oktober

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die wirtschaftliche Lage der Stadt stellt uns vor große Herausforderungen. Ingolstadt steht vor einer tiefgreifenden Zäsur. Deshalb müssen wir in vielen Bereichen prüfen, wie wir weitere Ausgaben verringern und Strukturen anpassen können. Unser gemeinsames Ziel bleibt, die Stadtverwaltung langfristig stabil und handlungsfähig zu halten – und dabei als verlässlicher Arbeitgeberin und Dienstleisterin für die Bürgerinnen und Bürger zu bestehen. Das Leitbild „Ingolstadt – zukunftsstark 2030“, das wir in dieser Woche vorgestellt haben, beschreibt diesen gemeinsamen Weg.

Dazu gehören auch Entscheidungen, die sicher nicht leichtfallen, aber notwendig sind, um Handlungsspielräume zu bewahren. Nach umfassender und komplexer Vorbereitung und Abstimmung der Vorlagen in den vergangenen Monaten sind nun in der Stadtratssitzung Ende Oktober Beschlüsse zu fassen, weitere werden in den kommenden Monaten folgen.

Aktuell steht die Liste der **kommunalen Bauvorhaben** auf der Tagesordnung, diese muss auf ein Mindestmaß reduziert werden. Neue Projekte sind nicht möglich, nur das, was bereits begonnen wurde und zwingend nötig ist, kann auf die Liste. Anschließend müssen wir der Regierung von Oberbayern die Kreditvorhaben für jedes einzelne Projekt vorlegen – in der Hoffnung auf Genehmigung.

Diskutiert werden im Stadtrat auch Konsolidierungsoptionen im Zuge der **Aufgabenkritik**. Wenn die nötigen finanziellen Mittel nicht mehr ausreichen, müssen Aufgaben reduziert werden. In den vergangenen Monaten wurden mit viel Aufwand in verschiedenen Ämtern und Referaten Vorschläge dazu erarbeitet. Methodisch haben wir uns an der vom Finanzministerium vorgegebenen „FAG-Liste“ orientiert, die die volumenmäßig größten freiwilligen Ausgabenpositionen benennt.

Heute wird die Beschlussvorlage zu diesen ersten Ergebnissen der Aufgabenkritik veröffentlicht, über die der Stadtrat diskutieren und nächste Woche im Plenum abschließend behandeln wird. Jede der zu streichenden Aufgaben bedeutet eine Reduzierung von Sachkosten, aber auch von Personalbedarf. Das ist kein leichter Prozess, aber ein notwendiger Schritt, um die finanzielle Stabilität der Stadt zu sichern.

Wenn Aufgaben wegfallen, betrifft das auch die Beschäftigten. Wo Einsätze entfallen, werden Aufgaben neu verteilt oder Kolleginnen und Kollegen auf andere Stellen innerhalb der Verwaltung versetzt. Uns ist bewusst, dass dies für einige eine Umstellung bedeutet. Klar ist aber auch: Niemand wird mit dieser Veränderung allein gelassen. Führungskräfte, das Personalamt und die OEPE begleiten diesen Prozess aktiv und verlässlich. Gemeinsam wollen wir sicherstellen, dass Veränderung planbar, transparent und fair abläuft.

Über die nächsten Jahre werden wir den Personalkörper der Stadt schrittweise reduzieren müssen – das bedeutet insgesamt weniger Stellen. Natürlich aber bleibt es dabei: Die Stadt Ingolstadt ist eine verlässliche Arbeitgeberin, deshalb soll dies durch natürliche Fluktuation (Ruhestand, Ausscheiden etc.) geschehen. Wir werden weiterhin alles dafür tun, um betriebsbedingte Kündigungen ausschließen zu können.

Um finanziell den Haushalt zu entlasten und damit das Personalbudget langfristig zu sichern, sind noch weitere Maßnahmen im Personalbereich notwendig, über die wir Sie hiermit informieren wollen.

In der Referentenbesprechung am 6. Oktober 2025 wurde auf Vorschlag des Personalreferats beschlossen:

- Die **Wiederbesetzungssperre** wird von aktuell 3 auf 6 Monate ausgeweitet. Diese Maßnahme gilt ab sofort und vorerst bis zum Oktober 2026. Stellenbesetzungen erfolgen zukünftig verstärkt durch interne Mitarbeitende. Externe Stellenausschreibungen erfolgen nur noch in wenigen Ausnahmefällen.

- Bis 2028 wird es **kein Planstellenverfahren** geben, über auslaufende KW-Stellen („künftig wegfallende Stellen“) entscheidet der Stadtrat.

Über folgende **weitere Einsparpotenziale** entscheidet der Stadtrat am 30. Oktober:

- Anpassung der Leistungsorientierten Bezahlung auf die tariflich festgelegte Höhe (entspricht einer Kürzung um die freiwilligen, übertariflichen 0,2 Prozentpunkte) bei den Tarifbeschäftigten und Kürzung des Budgets für die Leistungsprämien um 25 Prozent bei den Beamtinnen und Beamten.

- Anpassung des Fahrkostenzuschusses ab dem 1. Januar 2026:

- 1. QE: 75 Prozent
- 2. QE: 50 Prozent
- die Zuschüsse für die 3. und 4. QE entfallen

Die ermäßigten Deutschlandtickets für ca. 130 Nachwuchskräfte sind von den Maßnahmen nicht betroffen.

Insgesamt leisten diese Schritte einen wichtigen Beitrag zur finanziellen Stabilität der Stadt – und damit zur Sicherung der Arbeitsplätze und der Handlungsfähigkeit der Verwaltung.

Wir wissen, dass diese Entscheidungen spürbar sind und jede und jeden von uns auf die eine oder andere Weise betreffen. Sie wurden und werden mit großer Sorgfalt und nicht leichtfertig getroffen

und sind Teil unseres gemeinsamen Bemühens, die Stadt in einer schwierigen Phase zu stabilisieren.

Wir wissen Ihr Engagement, Ihre Loyalität und Ihre Geduld in dieser herausfordernden Zeit sehr zu schätzen – sie sind das Fundament, auf dem wir diese schwierige Phase gemeinsam bewältigen.

Für Rückfragen stehen Ihnen Ihre Ansprechpartner/-innen in der Organisations- und Personalentwicklung und dem Personalamt jederzeit zur Verfügung.

Aktuelle Informationen zum Gesamtprozess finden Sie auf der Informationsseite zur Haushaltskonsolidierung im Intranet, die Beschlussvorlagen für die Stadtratssitzung Ende Oktober sind im Ratsinformationssystem abrufbar.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Michael Kern
Oberbürgermeister



Bernd Kuch
Personalreferent